

**Rede
des Sprechers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

Christoph Bratmann, MdL

zu TOP Nr. 14b

Aktuelle Stunde

**Steigende Preise belasten die wirtschaftliche
Erholung sowie die Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer - Zeit für Entlastungen bei den
Energiepreisen!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 18/10613

während der Plenarsitzung vom 27.01.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Anders als im Titel der Aktuellen Stunden dargestellt, belasten die steigenden Energiepreise nicht nur Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern sie betreffen alle Haushalte in Deutschland und auch in Niedersachsen. Insbesondere der Strompreis ist eine große Belastung für die Privathaushalte.

Der Strompreis hat sich in den vergangenen zwölf Monaten um sage und schreibe 40 Prozent auf ein historisches Allzeithoch verteuert. Der Kollege Thiele hat das eben schon in seiner Analyse, die ich durchaus teile, beschrieben: Für eine vierköpfige Familie mit einem Jahresverbrauch von 4.000 kWh bedeutet das im Durchschnitt einen Preisanstieg um nahezu 500 Euro im Jahr.

Verantwortlich für den Anstieg bei Strompreisen und Heizkosten ist in erster Linie die Entwicklung am Gasmarkt. Das ist zum Teil schon dargestellt worden: einmal die steigende Nachfrage nach der ersten Pandemiewelle, weil die Konjunktur wieder angesprungen ist, pandemiebedingt verschobene Reparatur- und Wartungsarbeiten an Pipelines und Kraftwerken und dann natürlich die Lage am Weltmarkt durch den enorm steigenden Gasbedarf Chinas in Konkurrenz zu Europa. Das ist ein großes Problem.

Die Lage am Weltmarkt zeigt sich ja auch an politischen Entwicklungen, insbesondere mit Blick auf den Russland-Ukraine-Konflikt. Denken wir an Nord Stream 2! Die Frage, ob Nord Stream 2 nun liefern soll oder nicht, ist wie die Wahl zwischen Pest und Cholera. Einerseits würde ein Verzicht auf die Lieferung die Lage für Endkunden deutlich verschärfen und die Preisspirale weiter nach oben treiben. Andererseits ist man, wenn wir die Lieferung zulassen, nie davor gefeit, dass Russland Energie auch als Waffe einsetzt. Das zeigt die Problematik, die wir gerade in dieser Hinsicht haben.

Das zeigt auch - das ist eben auch durch die Aussagen des Kollegen Meyer ja deutlich geworden -, dass wir von den Lieferungen fossiler Brennstoffe unabhängiger werden müssen.

Das erlangen wir natürlich durch den Ausbau erneuerbarer Energien. Lieber Kollege Thiele, wenn CDU-Ministerpräsidenten im Wahlkampf die Energiepreisproblematik jetzt zur neuen sozialen Frage erklären, die gleichen Leute aber jahrelang beim Ausbau der erneuerbaren Energien auf der Bremse gestanden haben, dann ist das reine Wahlkampfrhetorik und unredlich, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Problematik verschärft sich aber auch durch etwas, was sich für viele, gerade von konservativer Seite, als Segen herausgestellt hat, nun aber eher ein Fluch ist

und sich als Problem darstellt: der liberalisierte Energiemarkt. Die freie Wahl des Stromanbieters hat jahrelang zu einer Preisspirale nach unten geführt. Jetzt schlägt das Pendel um, meine sehr verehrten Damen und Herren. Billiganbieter gehen der Reihe nach pleite. 40 an der Zahl sind in den letzten 12 Monaten pleitegegangen. Die Kunden fallen raus, sie fallen in die Grundversorgung der guten alten Stadtwerke, ihrer regionalen Anbieter, und erhalten dort in der Regel teurere Konditionen.

Das kann man erst mal skandalisieren, aber diese teuren Konditionen werden natürlich auch gemacht, um die Bestandskunden zu schützen, für die der Strom zwei Jahre im Voraus am Strommarkt eingekauft wurde. Für die Neukunden muss nun teuer dazugekauft werden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle für die SPD-Fraktion zwei Dinge festhalten. Erstens: Energieversorgung ist Daseinsvorsorge. Ich glaube, das wurde nie deutlicher als jetzt. Und zweitens: Sie darf nicht zum Spielball von Spekulanten und nicht zum Spielball weltpolitischer Entscheidungen werden.

Von daher kann man sagen - das ist auch ein ur-sozialdemokratisches Thema -: Das Konzept der Stadtwerke als regionaler Energieversorger in kommunaler Trägerschaft - oder zumindest mit kommunaler Beteiligung - ist nicht von gestern, sondern es zeigt sich: Es ist zukunftsfähig, es ist krisenfest. Deswegen sollten wir dieses Konzept auch in den Kommunen weiter unterstützen und stärken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nun zu der Frage, was wir politisch tun können, um die Haushalte zu entlasten. Heizkostenzuschüsse für Wohngeldbezieher, untere Einkommensgruppen: Das ist im Bund bereits in der Diskussion und wird demnächst umgesetzt werden. Und es müssen natürlich Strom- und Gassperren für die Ärmsten der Armen unter uns verhindert werden. Da muss über Ratenzahlung, Übernahme von Heiz- und Stromkosten nachgedacht werden. Das muss schnell ermöglicht werden. Denn eines darf nicht passieren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es darf niemand aus Preisgründen in diesem Winter im Kalten und im Dunklen sitzen.

Stephan Weil hat gestern schon unmissverständlich klargestellt: Auch wir hier in Niedersachsen sind für ein Vorziehen des Wegfalls der EEG-Umlage auf dieses Jahr. Ich denke, das ist angesichts dieser Situation angemessen und richtig. Da sind wir uns einig, und das ist auch gut so. Und es braucht natürlich eines, nämlich eine faire Kostenverteilung zwischen Mietern und Vermietern beim CO₂-Preis. Es war allerdings die CDU im Bund, die dieses verhindert hat. Ich glaube, jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um das umzusetzen. Das bedeutet nicht nur mehr Gerechtigkeit. Das bedeutet auch mehr Anreiz zur Gebäudesanierung und damit auch mehr Lenkungswirkung. Das ist der richtige Ansatz an dieser Stelle.

Und natürlich braucht es letzten Endes, um den Standort Deutschland und den Standort Niedersachsen zu sichern, eine Deckelung des Industriestrompreises.

Sie merken also: Das ist ein ganz breites Paket. Wir sind uns in vielen Punkten einig. Und eines ist völlig klar: Die Energiepreise dürfen nicht zur sozialen Belastung mittlerer und unterer Einkommen werden, und sie dürfen nicht unseren Standort Deutschland und vor allen Dingen nicht unseren Standort Niedersachsen gefährden. Deswegen blicke ich optimistisch auf die Beratungen. Ich blicke aber auch optimistisch nach Berlin, weil ich denke, da werden die richtigen Schlüsse gezogen.

Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.